

Vossische Zeitung



1704

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: "Unterhaltungsblatt". "Finanz- und Handelsblatt". — Sonntag: Die illustrierte Beilage "Zeitbilder" und "Literarische Umschau". — Mittwoch: "Reise und Wanderung". — Donnerstag: "Recht und Leben".

Wöchentlich 1.— Mark, monatlich 4.30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenspreise: mm-Zeile 30 Pfennig. Familien-Anzeigen mm-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernward, Verantw. Redakteur: Hans Gumbel, Carl Misch, Berlin, Ullstein. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Postanschrift: Ullsteinhaus, Berlin, Postfachkonto Berlin 666.

Vorschläge der Reichsregierung

281 Millionen für die Landwirtschaft / 113 Millionen für die Rentner

Das Reichskabinett hat gestern in einer Sitzung, die nahezu ununterbrochen von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags dauerte, den Etat-Eckdaten festgelegt, die bis zum 31. März von Reichstag durchgesehen werden soll, wenn ein Einverständnis aller Parteien zu erzielen ist. Am härtesten interessiert — da der Etat bekannt ist, das Arbeitsprogramm für die Landwirtschaft keine Schwierigkeiten machen kann — der Reichstag, in dem sich die Hilfsmittel für die Landwirtschaft finanzieren auszudehnen sollten, und ebenso die Erhöhungen für die Invaliden und Rentner. Nach den Vorschlägen der Reichsregierung sollen zugunsten der Landwirtschaft in den Haushalts-Etat folgende Beträge eingestellt werden:

Table with 2 columns: Description of funding items and Amount in Reichsmarks (RM). Items include land reclamation, agricultural organization, and tenant support.

In diesen Zahlen ist folgendes zu bemerken: Neben den Umschuldungszinsen ist im Hauptausfluß des Reichsetats bereits eingebracht worden, ein Betrag von der Regierung hat aber bisher noch nicht vorgelegen, die 300 Millionen müßten in den Haushalts-Etat eingestellt werden, sie fallen dann in den Rahmen von 20 Millionen wieder in die Reichskasse zurückzuführen. Ganz von den 30 Millionen Markt für Schädigungs- und Hilfsorganisation fallen 10 Millionen Markt zurückzuführen, so daß nur 20 Millionen nur einmalige Ausgaben für die Landwirtschaft sich aus den getriggerten Zuschüssen des Reichsetats ergeben.

In diesen 71 Millionen schließt sich aber die Pflanzung für die Landwirtschaft nicht, das Kabinett schließt die teilweise Herabsetzung des Ministerial-Pensions-Gehalts vor, das schließlich ganz vermindert sein soll, außerdem sollen die vertriebswirtschaftlichen Vorschlägen in allen Echnern gleichmäßig ausgeglichen werden, und der Renten- und Arbeitslosen Geld die Ermächtigung gegeben werden, sich zur Finanzierung von Krediten an anderen Darlehnsstellen zu beteiligen, dafür sollen vom Reich vorläufig 60 Millionen hergegeben werden.

Das britische Wirtschaftsreich

Der englische Kolonialminister A. Balfour, der gerade von einer Rundreise durch die englischen Dominions zurückgekehrt ist, erklärte heute Abend in einer Rede, daß England nur durch den weiteren Ausbau des Systems der Vorzugsverträge gewinnen sich und seinen Kolonien seine Wohlstand vergrößern könne. England müsse die Vorstellung aufgeben, daß es wirtschaftlich von seinen Kolonien unabhängig bleiben könne. Nur die wirtschaftliche Einheit könne das gesamte Weltreich den steigenden Lebensstandard seiner Bevölkerung erhalten.

Ehrhardt gegen „Unbekannt“

Auf dem Parteitag der vormaligen Sozialdemokratie hat der Parteivorsitzende Ehrhardt, wie gemeldet, eine Reihe von Briefen verlesen, die enge Beziehungen zwischen der Reichswehr und dem Ehrhardt-Zeuten aufdecken. Kapitän Ehrhardt hat nun, wie der „Sozialdemokratische Freiheitler“ meldet, durch Reichsanwalt Paul Bloch bei der Reichswehr Klärung der Geschehnisse in Berlin Straßenschießung angefordert. Ehrhardt soll seinen Namen, aufzufassen, wie der Abgeordnete Sellmann in den Brief seiner Briefe und in den Brief von Briefen anderer Militärgenossen gelommen ist. In der Straßenschießung wird verlangt, daß die Untersuchungsbehörden die Namen feststellen sollen, die das Material an politische Stellen ergaben und sich damit eines Antwerpenscheus schuldig gemacht hätten.

Schließlich hat das Reichskabinett die vorgesehene Summe um 15 Millionen zu erhöhen, die eine dauernde Belastung im Etat darstellen würden. Die weiteren Vorschläge der Reichsregierung lauten: Erhöhung der Invalidenrente 100 Millionen, Zulage für die Rentner 15 Millionen, Zulage für die Werftbesetzer 3 Millionen.

Auflösung nächste Woche? Bisher keine Verdingung über den Arbeitsplan / Gegenwärtige der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei / Zumulungen an die Opposition / Schemmell heute Not-Etat

Der Arbeitsplan des Reichskabinetts liegt nun vor. Es steht eine Aussicht, daß alle Parteien des Hauses sich bindend verpflichten, ihn einzuhalten und durchzuführen, so daß der Reichstag noch bis zum 31. März tagen könnte? Trotzdem sieht die Opposition die vorgesehene Regierungsoffizialen maßgebend und die in die Wochenenden hinein getagt haben, ist eine Entschloßung noch nicht möglich und auch nicht mit Gewißheit vorzusagen, wie sie lautet wird. Kein stimmungsmäßig aber werden die Zusätzlichen auf eine solche Veränderung von Etats zu Etats befürwortet, und es gab gestern, als Ministeramt sich näherte, im Reichstag nur 200 Oppositen, die hoffen, der Reichstag werde nicht spätestens Anfang nächster Woche in die Zwangslage verfallen, einen Not-Etat zu verabschieden, um die Auflösung zu ermöglichen.

Diese ungenügende Beurteilung der Aussichten für die Durchführung des Arbeitsplanes stützt sich auf verschiedene Momente. Zunächst auf die Unmöglichkeit innerhalb der früheren Arbeitsplan. Zwar ist ausdrücklich festgehalten worden, daß das Reichskabinett in seinen Beschlüssen vornehmlich die im Reichstag-Etat obliegt einig gewesen ist. Aber diese Einigkeit bildet die frühere Koalitionsparteien nicht.

Als einzige Fraktion hat gestern in der zehnten Versammlung das Zentrum seine Zustimmung zu dem Arbeitsplan erklärt. Die Deutsche Volkspartei hat mehrere Bedenken geltend gemacht, vor allem gegen die Erhöhung der Invalidenrente in dem Ausmaß von 100 Millionen Markt. Sie hat auch Bedenken gegen eine dauernde Belastung des Etats, für die über das Jahr 1928 hinaus eine Deckung nicht gegeben ist. Diese Einwände sind in der zweiten Befragung, die die Parteiführer in der ersten Abendstunde mit den Mitgliedern des Kabinetts hatten, geltend gemacht worden. Sie riefen sich in der pauschale gegen die Wünsche des Zentrums, das kaum geneigt sein wird, an seinen Forderungen Abträge zu machen.

Der zweite Widerspruch kam von den Deutschnationalen, denen die für die Reichsfinanz ausgenutzten Beträge zu gering sind. Es verlangen, daß die Regierung sich nicht auf eine einmalige finanzielle Hilfsaktion für die Landwirtschaft beschränkt, und zweitens, daß die Gesamtsumme zumindest die gleiche Höhe erreicht wie die für die Invaliden und Rentner ausgerechneten Beträge. Die Deutschnationalen haben auch andere, über die Vorschläge der Regierung hinausgehende Wünsche geäußert, zu denen das Kabinett noch in der Nacht Stellung nehmen sollte. Auf die Aufforderung der Reichstages, werten die Fraktionen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, um näher noch einmal zusammenzutreten.

Schon an diesen einander widersprechenden Forderungen der übrigen Fraktion droht das Programm des Reichskabinetts zu scheitern. Mit dieser Möglichkeit hat es als das Reichskabinett angeordnet. Um es einleuchtend zu machen, die einzelnen Mitglieder des Kabinetts, vor allem der deutschnationale Reichsjustizminister Dr. Vogel, die diesen Plan als ein mögliches von der ersten Schandensache und auf die Oppositionsparteien zu schließen. Das ganze Verfahren des Reichskabinetts müßte gefasst werden, um den Antritt. Zunächst muß die Fraktion aufzuklären werden, als ob es sich um eine Regierungsoffizialen und eine Opposition gäbe. Es

darunter ergab sich eine dauernde Belastung des Etats mit einer Mehrausgabe von 133 Millionen Markt (einschließlich der 15 Millionen für die Kriegsoffizialen). Für den Etat 1928 würde sich diese Belastung allerdings um 25 Millionen verringern, da die Zulage für den Invalidenrenten erst vom 1. Juli 1928 bezahlt werden sollen, was nur 75 Millionen Markt erfordert würde.

Insgesamt ergibt sich also aus den Vorschlägen der Regierung für den Haushalts-Etat eine Gesamtbelastung von rund 400 Millionen Markt, von denen 210 Millionen zurückzuführen sind, 71 Millionen einmalige Ausgaben für 1928 darstellen und 133 Millionen Markt dauernd belasten sollen. Nach den Erklärungen des Reichsfinanzministers hätte er als Deckung für 1928 156 Millionen zur Verfügung, die sich aus höheren Zinsen für die Zollkassen ergeben würden. Die Deckung in den folgenden Jahren würde der kommenden Regierung überlassen bleiben.

Die gegenwärtige interparteiliche Situation ist merkwürdig genug. Da ist eine Mehrheitsoffizialen, die über das Schicksal auseinander getrennt ist, ohne daß die Regierung, die sich auf diese Koalition stützt, daraus die Konsequenzen gezogen hat. Nicht einmal der Vater des Reichsfinanzgesetzes, Dr. v. Baumgarten, hat es für notwendig empfunden zurückzutreten. Trotzdem es keine Mehrheit hinter sich hat, gebildet sich das Reichskabinett wie eine parlamentarische Regierung. Die Opposition, hierauf ließ diesen Punkt gefasst, wie die interparteiliche Schwierigkeiten durch eine Regierungsoffizialen nicht noch steigern will. Sie ist damit erkrankt, daß dieses Kabinett, das eigentlich gar nicht mehr existieren hierauf, noch so lange regiert, bis der Etat bewilligt und die Rechnungen durchgesehen sind. Aber nun verlangt dieses selbe Kabinett von der Opposition eine blinde Verpflichtung, das Notarbeitsprogramm gutzuheißen, auf Widerstandsbeiträge zu verzichten, obwohl es kein der Willkür an diesen Vorlagen ausgedeutet gewesen ist, obwohl es sogar die Mittelungen des genannten Inhalts der Vorlage zunächst verweigert worden ist. Die Opposition soll das (wie auf einen Wechsel setzen, den die früheren Koalitionsparteien ausgeübt haben und soll sogar die Garantie dafür übernehmen, daß keine der bisherigen Koalitionsparteien bei einer entscheidenden Abstimmung über eine Vorlage die von ihren Ministern gemacht worden ist, umfällt.